

**10. DEZEMBER 2008**  
**DAS MENSCHENRECHT AUF WASSER**

**AUFRUF AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT**

Demonstration in Brüssel,  
vor dem Europäischen Parlament, Place du Luxembourg

1. **Den dominierenden sozialen Kräfte der stärksten und einflussreichsten Staaten der Welt ist es gelungen die zuständigen Organe der Vereinten Nationen daran zu hindern, anlässlich des 60. Geburtstages der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948-2008) den Zugang zu Trinkwasser als ein Menschenrecht (universelle Gültigkeit, unteilbar, unveräußerlich) anzuerkennen.**  
Letzten März hat der Menschenrechtsrat der UNO von dieser Anerkennung abgesehen und sich damit begnügt, einen neuen Sonderberichterstatte zum Recht auf Wasser (noch einen!) zu ernennen.
2. Das ist inakzeptabel. Hierbei handelt es sich um einen Gewaltakt gegen die gesamten Menschenrechte und gegen die Allgemeingültigkeit des Rechtes auf Leben. Die internationale Gemeinschaft hat somit Verrat an ihren Verantwortungen begangen und bekräftigt die Vorstellung, dass die Ungleichheit der Menschen vor dem Recht unumkehrbar sei. Sie unterstützt damit die soziale Ungerechtigkeit.
3. Die Art und Weise, wie diese Entscheidung im Rahmen der technokratischen Ausschüsse der UNO und anderswo gefällt wurde, also ohne, dass die Bevölkerung davon wusste, ist ebenfalls inakzeptabel. Die internationale „Demokratie“ hat sich in ihrer vollen Nicht-Existenz gezeigt. Schlimmer noch: Während die UNO es ablehnte, das Menschenrecht auf Wasser anzuerkennen, hat sie im selben Monat im Rahmen des *Global Compact* (Allianz zwischen den Vereinten Nationen und der Zivilgesellschaft, insbesondere den großen privaten multinationalen Unternehmen) „das Wassermanat“ (auch genannt „*The CEO Water Mandate*“) einer großen Gruppe von Leitern von großen multinationalen Unternehmen, die viel Wasser verbrauchen (z.B. Coca-Cola, Nestlé, Levy-Strauss...) offiziell zugesagt, mit dem Ziel ein Projekt für einen „Weltwasserplan“ vorzubereiten. Dieser Plan, der darauf abzielt Maßnahmen angesichts der „Weltwasserkrise“ vorzuschlagen, wird im Prinzip zusammen mit dem dritten Bericht des World Water Assessment Programme (WWAP) der Unesco auf dem fünften Weltwasserforum (März 2009, Istanbul) vorgestellt werden. Das Weltwasserforum wird von einer privaten Institution organisiert, dem Weltwasserrat, der mit der Unterstützung großer multinationaler privater Wasserkonzerne und der Weltbank ins Leben gerufen wurde. Der derzeitige Präsident des Weltwasserrates ist der Präsident des Wasserunternehmens von Marseille, dessen Filiale zu 48,5% den beiden weltweit größten privaten Wasserunternehmen gehört, Veolia und Suez.
4. Es ist außerdem inakzeptabel, dass die Organisationen der Vereinten Nationen meinen, dass der „natürliche“ Empfänger ihrer Arbeit und ihrer Vorschläge zum Thema Wasser ein Forum sei, das von den großen industriellen, technologischen, kommerziellen und finanziellen Wassergruppen kontrolliert wird. Warum hat **das System UNO-Wasser** (umfasst 22 Organisationen der Vereinten Nationen, die mit den verschiedenen Bereichen des Wassers zu tun haben) nicht die Verantwortung übernommen, **der öffentliche** zwischenstaatliche und die Bürger mit einbeziehende **Raum** zu werden, in dem die Wasserpolitik der Welt offen diskutiert und festgelegt wird, anstatt diese Verantwortung an große private multinationale Gruppen zu delegieren?
5. Im Gegensatz dazu begrüßen wir den Änderungsantrag am Bericht Miller, der im März 2003 vom **Europäischen Parlament angenommen wurde. Durch ihn wurde bekräftigt, dass der Zugang zu Trinkwasser ein Menschenrecht ist, und festgelegt, dass die Wasserdienstleistungen nicht den Regeln des europäischen Binnenmarktes (also Liberalisierung und Deregulierung) unterliegen dürfen.** Gleichmaßen haben die Organisationen, die sich für Menschen- und

Bürgerrechte einsetzen und die aktiven Bewegungen für Wasser als Kollektivgut die EntschlieÙung des Europäischen Parlaments am 16. März 2006, das Menschenrecht auf Wasser anzuerkennen, aufs Höchste gelobt. Als am 4. Weltwasserforum 2006 in Mexiko die EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vorgestellt wurde, haben die Verantwortlichen des Weltwasserrates diese skandalöserweise ignoriert. Es ist untragbar, dass eine private Organisation auf solche Weise mit einer offiziellen Stellungnahme gewählter Vertreter von fast 500 Million Bürgern umgeht!

6. Im Namen der Europäischen Union wird die Europäische Kommission ebenfalls offiziell am 5. Weltwasserforum 2009 teilnehmen. Nun ist aber bekannt, dass es ganz und gar nicht in der Absicht der Veranstalter des Forums liegt, das Menschenrecht auf Wasser als solches anzuerkennen, so wie es im Gegensatz dazu die EXPO 2008 in ihrer *Charte de Zaragoza* klar und deutlich getan hat. Den Veranstaltern des 5. Forums zufolge bedeutet die durch den gegenwärtigen und zukünftigen Klimawandel verschlimmerte „Weltwasserkrise“, dass Notwendigkeit und Vorrangigkeit nicht den Erklärungen sondern den Taten gelten. Weltweit soll das Mandat des „CEO Water“ die Grundaxe für eine public/private Partnerschaft (PPP) bezüglich der Verwaltung der Wasserressourcen bilden. Und das, obwohl diese PPP sich in den letzten zwanzig Jahre vor allem als Plan zur Privatisierung für den Profit entpuppt hat.
7. Von den oben genannten Tatsachen in Kenntnis gesetzt ist es unabdingbar und dringend notwendig sich an das Europäische Parlament durch eine Demonstration vor ihrem Sitz in Brüssel zu wenden, mit **hauptsächlich zwei Zielen**:
  - **1. Ziel:** das Europäische Parlament dazu auffordern, den Bürgern die Maßnahmen vorzulegen, die vor Ende der Legislaturperiode vorgesehen sind, um die Prinzipien der EntschlieÙung von März 2006 über das Recht auf Wasser und staatliche Wasserdienstleistungen zu konkretisieren. Dies betrifft ebenfalls die europäischen und weltweiten Anpassungsstrategien angesichts des Klimawandels.
  - Die Ressource WASSER zeigt, dass die weltweite Herausforderung der nächsten Jahrzehnte sein wird, das Leben der gesamten Menschheit und der Lebewesen in einer globalen und intergenerationellen Perspektive zu sichern. In dieser Hinsicht zielt die Demonstration darauf ab, das Europäische Parlament dazu aufzufordern, sich in einer politische Linie zu verpflichten, die über den heutigen Bezugsrahmen, der auf die „großen“ technischen Lösungen (allgemeine Meereswasserentsalzung, große Dämme...), private Finanzierung und die marktwirtschaftlichen Mittel orientiert ist, hinausreicht.
  - **2. Ziel:** das Europäische Parlament dazu auffordern, die offizielle Teilnahme der europäischen Kommission am 5. Weltwasserforum 2009 (in Istanbul) an die Bedingung zu binden, die Erklärung des Menschenrechtes auf Wasser vorzuschlagen und zu betonen, dass das Weltwasserforum unter die öffentliche Obhut von UNO- Wasser gebracht werden sollte.

Die Initiative zu der hier vorgeschlagenen Demonstration hat der belgische Verein EurAcme ergriffen. Dies bot sich durch die Nähe zu den europäischen Institutionen an. Diese Demonstration wird jedoch nur Wirkung zeigen, wenn alle, die in unterschiedlichen Organisationen und Vereinen ebenfalls für Menschen- und soziale Rechte und für öffentliche Kollektivgüter und Dienstleistungen kämpfen, sich dieser Initiative anschließen.

EURACME  
Brüssel, den 1. Oktober 2008